

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/33

15. Februar 1974

Willy Brandt hat Wort gehalten

Zum zehnten Jahrestag seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im
Deutschen Bundestag und Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Selbsterklärung der Konservativen

Zur Verfassungsdebatte im Deutschen Bundestag

Seite 3 und 3a / 54 Zeilen

Nüchterns Unterstützung einer realen Chance

Verhandeln jetzt die Sportbünde über deutsch-deutsche
Begegnungen?

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Seite 4 / 42 Zeilen

Sozialpolitische Weichen für die 218-Reform

Negative Erfahrungen des Auslandes sollen vermieden
werden

Von Marie Schlei MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion

Seite 5 und 5a / 92 Zeilen

Diskussionsbeitrag: Keine voreiligen Beschlüsse!

Sachliche Anmerkungen zum Thema Geschwindigkeitsbe-
schränkungen

Von Peter Conradi MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Seite 6 und 7 / 71 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
T. 0 2 2 8 1 2 2 2 2

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Willy Brandt hat Wort gehalten

Zum zehnten Jahrestag seiner Wahl zum SPD-Vorsitzenden

Von Herbert Wahner MdB

Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion

im Deutschen Bundestag und Mitglied des Präsidiums der SPD

Am 16. Februar 1964 wurde Willy Brandt zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. In seiner ersten Rede nach der Wahl erinnerte er daran, daß Kurt Schumacher im Oktober 1945 erklärt hatte: "Wir sind nicht konservativ, weder gegenüber Ideen noch Personen. Die Tatsache, daß unsere große politische Linie durch die Geschichte gerechtfertigt worden ist, trübt uns nicht den Blick dafür, daß wir vieles neu erkennen und mit vielen neuen Mitteln kämpfen müssen."

Willy Brandt übernahm die Führung der SPD am Beginn des zweiten Jahrhunderts dieser Partei im Bewußtsein der geschichtlichen Rolle dieser Partei und mit dem Gelöbnis, daß der Geist der Erneuerung in ihr lebendig bleiben soll:

"Ein volles Jahrhundert nach der Begründung der deutschen Sozialdemokratie, im fünfzigsten Jahr nach dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, im fünfzehnten Jahr nach dem Entstehen der Bundesrepublik, im fünften Jahr nach dem Godesberger Programm. Wo stehen die Deutschen in dieser sich so rasch wandelnden Welt? Wo stehen die Deutschen und ihre Sozialdemokraten in diesem unserem Staat, um dessen freiheitliche und moderne Gestaltung wir täglich ringen? Meine erste Antwort lautet: Diese unsere Bundesrepublik darf nicht der Selbstzufriedenheit verfallen. Dieser Ruf gilt allen, auch und gerade den deutschen Sozialdemokraten. Denn sie haben als Teil der deutschen Geschichte immer wieder gezeigt, daß sie zu kämpfen und zu opfern bereit sind für dieses Volk und seine Freiheit, für die Gerechtigkeit in diesem Lande und für das hohe Ziel des Friedens in der Welt. Dieser Kampf ist nicht zu Ende, nicht für unser Volk und nicht für unsere Partei."

Der Tradition bewußt an der Gestaltung der Zukunft arbeitend, hat Willy Brandt seine Führungsaufgabe übernommen. Das Große Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern hat er in diesen zehn Jahren ständig geführt. Er dekretiert und schablonisiert nicht. Er respektiert andere und bleibt bemüht, zu überzeugen. Am Beginn seines Wirkens als Vorsitzender der SPD erinnerte er seine Partei - "die große Friedens- und Freiheitspartei des deutschen Volkes" - an die Leistungen seiner Vorgänger:

"Ferdinand Lassalle und August Bebel, Friedrich Ebert und Otto Wels sind unverlierbare Namen im Leben unseres Volkes, Namen, auf die wir stolz bleiben,

weil sie zu den besten deutschen Traditionen gehören. Phantasie, Mut, Hingabe, Treue, Dienst an der Gemeinschaft - das sind die Begriffe, die sich mit diesen Namen verbinden, und es sind Begriffe, die groß geschrieben werden müssen in Deutschland. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer haben die aus Kümmernis und Bitterkeit wiedererstandene, erneuerte Partei geführt - mit aufrüttelnder Leidenschaft und in ausgleichender Sachlichkeit. Der Weg von Lassalle nach Godesberg war ein folgerichtiger Weg."

Der Jugend rief er zu:

"Achtet das Beispiel von Männern wie August Bebel und Georg von Vollmar, Julius Leber und Kurt Schumacher, Ernst Rauter und Erich Ollenhauer! Es erfordert Größe, auch in größter Not zu kämpfen, um die Hoffnungslosigkeit einer gegebenen Lage zu wissen, und dennoch nicht aufzugeben. Wir sind sachlich geworden in dieser Zeit und kaum jemand wagt über Gefühle zu sprechen. Aber gerade die Jugend, die heutzutage wenig darüber spricht, kann sie nicht leugnen. Was den Menschen zu Außerordentlichem befähigt, was ihn trägt und was ihn mit Kühnheit nach vorn schreiten läßt, das hat es auch in den schwärzesten Kapiteln unserer Geschichte gegeben. Und dieser Geist muß wieder lebendig werden in unserem Volk. Kühlchränke, Fernsehapparate, Autos gehören zum Alltag. Aber der technische Fortschritt ersetzt nicht das Ringen um ein würdiges Leben, ersetzt nicht die geistige Aufgeschlossenheit unserer Menschen, die wir brauchen, um die Visionen der Zukunft in harter Arbeit zu bewältigen. Ohne Grundüberzeugungen ist das nicht möglich, und ohne das Wissen um die Notwendigkeiten ist es nicht möglich. Dies sind die Orientierungspunkte der Partei. In diesem Sinne appelliere ich an das kritische Selbstbewußtsein unserer Partei, bitte ich um die Mitarbeit all unserer Mitglieder und Freunde."

Willy Brandt hat vor zehn Jahren die Führung der Partei "als Pflicht übernommen und in dem Bewußtsein, daß diese Pflicht hart ist und Härte verlangt". Er verstand diese Aufgabe als "Dienst für unsere Gemeinschaft, Dienst für unsere Idee der sozialen Demokratie, Dienst für unser Land." Er gelobte, die Einheit der Partei zu hüten wie seinen Augapfel und bot an: "Wollen wir es bitte so miteinander halten, daß wir offen diskutieren und geschlossen handeln."

Der Vorsitzende der SPD, Bundeskanzler Willy Brandt, hat Wort gehalten. Die Sozialdemokraten - und nicht nur sie - sind ihm Dank schuldig. In Willy Brandt ist verkörpert, was Adolf Arndt am 23. März 1963 in Berlin, im Gedenken an die Haltung des früheren Vorsitzenden der SPD Otto Wels in dessen letzter Reichstagsrede 1933 gegen das "Ermächtigungsgesetz", in Anlehnung an die Worte des französischen Sozialisten Jean Jaurès ausgesprochen hat:

"Tradition bewahren, heißt nicht: Asche aufheben, sondern eine Flamme am Brennen erhalten."
(-/15.2.1974/ks/ee)

+ + +

Selbstentlarvung der Konservativen

Zur Verfassungsdebatte im Deutschen Bundestag

Die zweittägige, von der CDU/CSU initiierte Verfassungsdebatte des Bundestages wurde von vornherein von der Absicht der Union überschattet, sie zu parteipolitischer Propaganda zu mißbrauchen. So war schon der Anspruch der Opposition, diese parlamentarische Auseinandersetzung über grundsätzliche Ziele der verschiedenen miteinander konkurrierenden Lager - was ja prinzipiell immer positiv ist - als eine Art Generalüberprüfung der Verfassungspraxis der regierenden Koalition darzustellen und sich damit zum Großinquisitor aufzuschwingen, impertinent und entlarvend. SPD und FDP, die schließlich der CDU und der CSU nie die Verfassungstreue bestritten haben, andererseits aber auch nicht den geringsten Anlaß hatten, sich gegenüber der Union zu rechtfertigen, mußten also verhindern, daß aus der Taktik der Opposition ein frivoles Spiel im Parlament mit der Verfassung, der Grundlage unserer Demokratie, wurde.

Nicht nur dieses ist den Koalitionsparteien vollkommen gelungen, darüber hinaus wurde die Union auch zu der bisher bemerkenswertesten Selbstdemonstration ihres starren, konservativen Verstandnisses von Staat und Gesellschaft gezwungen. Die Parteien, die sich im Bundestag befinden, stehen auf dem Boden des Grundgesetzes; daran braucht nicht gezweifelt zu werden. Der Öffentlichkeit wurde aber auch eindrucksvoll veranschaulicht, wie eng, wie restriktiv die CDU/CSU diese Basis interpretiert, wie wenig sie in der Lage ist, mit den sozialen Problemen der entwickelten Industriegesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts fertig zu werden.

Selbst die Redner, die sich nicht wie Dr. Alfred Dregger mit platter, nichtsnutziger Polemik beschieden, sondern der Thematik differenzierte Aspekte abzugewinnen wußten, wie Dr. Richard von Weizsäcker, behandelten nicht die Fragen, die allen Parteien gestellt sind, und die gründ-

lich zu diskutieren diese Debatte eine gute Gelegenheit gewesen wäre: Es geht um jene gewisse Verdrossenheit am parlamentarischen System überhaupt, die in allen westlichen Demokratien zu spüren ist; es geht um das Unbehagen gegenüber dem pluralistisch verfaßten Staat und seinen Einrichtungen, das einen wesentlichen Teil der jüngeren Generation, der häufig nach einer idealen Organisation sucht und strebt, ergriffen hat, und das mitunter weltfremde und auch gefährliche Äußerungen zeitigt. Die Ursachen dieser doch durchaus nicht auf die Bundesrepublik und schon gar nicht auf die Koalitionsparteien beschränkten Phänomene aufzuheben und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten und zu vertreten, das hätte eine solche Debatte fruchtbar gemacht.

Allein, die CDU/CSU beschränkte sich darauf, tatsächliche und angebliche Übelstände mit dem Tenor "Ätsch!" herunterzuleiern. Es wäre schlecht um diesen Staat und um diese Gesellschaft bestellt, wenn auch die beiden anderen Parteien - und die SPD trägt hier ohne jede Frage die Hauptlast - eine so unterentwickelte Integrationspotenz hätten. Die SPD ist souverän und gelassen genug, um nicht den Spieß herumzudrehen und ihrerseits sich als "die" Verfassungspartei zu präsentieren, aber es hat sich klar genug gezeigt, daß sich in unserer Gesellschaft ein gefährlicher Überdruck aufstauen würde, wenn es nur konservative Parteien wie die Union gäbe.

(pr/15.2.1974/bgy/pr)

+ + +

Nüchterne Unterstützung einer realen Chance

Verhandeln jetzt die Sportbünde über deutsch-deutsche Begegnungen?

Von Manfred Wanda MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Die überzogene Schutzbehauptung des SED-Chefs Erich Honecker, alle aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Grundvertrages gingen auf das Konto der Bundesrepublik Deutschland, ist, abgesehen von der allgemeinen Fragwürdigkeit, jedenfalls in einem Teilbereich ganz sicher und nachweisbar falsch: in den Sportbeziehungen. Hier ist die Sachlage eindeutig so, daß Ostberlin aus einer eigentümlichen Interessenlage heraus Beschlüsse, Regeln und Verfahrensweisen des Internationalen Olympischen Komitees und der internationalen Sportföderationen im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit des West-Berliner Sports zu den Sportorganisationen der Bundesrepublik Deutschland fortdauernd ignoriert. Versuche einer Veränderung der sportpolitischen Rechtslage von West-Berlin schlugen in den internationalen Sportorganisationen stets fehl.

Umso erstaunlicher ist es, daß Ost-Berlin auf der Grundlage einer unumstrittenen Ordnung des internationalen Sports seine Verpflichtungen aus dem Verkehrs- und Grundvertrag auch im Bereich der Sportbeziehungen nicht erfüllt, bisher jedenfalls nicht. Geht man von der übereinstimmenden Beurteilung der Bundesregierung und des Deutschen Sportbundes aus, so haben die Regierungsgespräche offenbar die Bahn für einen neuen Startversuch geebnet. Staatssekretär Jung vom Bundesinnenministerium formulierte es so: "Die Bundesregierung und der DSB waren sich von vornherein darin einig, daß die Verhandlungen auf Verbandsebene weitergeführt werden, wenn eine Annäherung der Standpunkte in den Bereich des Möglichen rückt. Die intensiven Bemühungen der Bundesregierung haben dazu geführt, daß sich die Möglichkeiten für eine aussichtsreiche Wiederaufnahme der Gespräche auf Verbandsebene wesentlich verbessert haben."

Die SPD hat an der Beherrlichkeit ihrer Bemühungen um eine Verbesserung der innerdeutschen Sportbeziehungen zu keinem Zeitpunkt zweifeln lassen. Erst kürzlich hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die sportpolitischen Aufgaben klar umrissen: "Im Zuge der Folgeverhandlungen, die sich aus dem Grundvertrag ergeben, wird die Bundesregierung weiter bemüht bleiben müssen, die Regierung der DDR dafür zu gewinnen, den Sportorganisationen Vereinbarungen und Absprachen (im Einklang mit den Beschlüssen und Verfahrensweisen des IOC und der internationalen Sportföderationen) zu ermöglichen. Dies betrifft auch die Einbeziehung des West-Berliner Sports." Es ist unbestritten, daß der öffentlichkeitswirksame Sport wegen seiner organisatorischen Einfachheit und seinem Begegnungscharakter ein Paradebeispiel für die Verwirklichung der menschlichen Erleichterungen ist. So gesehen besteht für übertriebenen Optimismus oder gar Euphorie kein Anlaß.

Sollte sich nunmehr eine realistische Chance für erfolgreiche Gespräche der beiden Sportbünde einstellen, so scheint nüchterne Unterstützung wichtiger als optisch tapfere Ausschußentscheidungen an die Adresse der Bundesregierung, wie sie die CDU/CSU für die nächste Sportausschußsitzung bereit hält.
(-/15.2.1974/bgy/pr)

Sozialpolitische Weichen für die 218-Reform

Negative Erfahrungen des Auslandes sollen vermieden werden

Von Marie Schlei MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion

Bliebe nur der Blick in die Gazetten, könnte allzu leicht der Eindruck entstehen, als ginge es bei der Diskussion um den § 218 vorrangig um die Neufassung korrekturbedürftiger Strafrechtsbestimmungen. Dies stimmt insoweit, als man dabei von dem Publizitätsgrad ausgeht, den der Meinungsaustausch zwischen engagierten Befürwortern des Koalitionsentwurfs einer Fristenregelung und den Anhängern des sozialdemokratischen Indikationen-Gruppenentzugs ausgeht. Dieses große Interesse an einer zweifellos wichtigen Methodenfrage - um das Wort "Prinzip" hier zu vermeiden - hatte aber auch den Vorteil, daß gewissermaßen im Verborgenen jener Teil der Gesamtreform des § 218 entwickelt werden konnte, dem Sozialdemokraten zu Recht Priorität einräumt: den sozialen Ergänzungsmaßnahmen.

Diese Priorität fällt ihnen auch im zeitlichen Ablauf zu. So ist es kein Zufall, daß bereits im vergangenen Herbst die Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Krankenversicherung für Familien mit kleinen Kindern vom Bundestag verabschiedet werden konnten. Folgerichtig haben zwei Bundestagsausschüsse, Arbeit und Sozialordnung sowie Jugend, Familie und Gesundheit, in dieser Sitzungswoche weitere Maßnahmen beschlossen, die dem großen Katalog sozial ergänzender Maßnahmen zuzuordnen sind: das Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz und ein Antrag zum Ausbau der Familienplanung und Familienberatung.

Kaum jemand weiß aber, daß diese gesundheitssichernden Maßnahmen wie auch die Erleichterungen für junge Familien von einer kleinen ad hoc-Arbeitsgruppe erarbeitet wurden, die der Arbeitskreis Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion im Herbst 1971 - also bereits in der 6. Legislaturperiode - eingesetzt hat. Um es zu verdeutlichen: Diese kleine sozialdemokratische Arbeitsgruppe hatte ihre Beratungen bereits zu einem Zeitpunkt aufgenommen, zu dem weder entsprechende Geszentwürfe der Bundesregierung noch Initiativanträge der Koalitionsfraktionen vorlagen. Ich darf noch einen Schritt weitergehen, als nämlich die Sozialpolitiker die Arbeitsgruppe beauftragten, anhand eines konkreten Maßnahmenkataloges zu untersuchen, in welcher Weise die Sozialpolitik einen konstruktiven Beitrag zur geplanten Reform des § 218 leisten kann, wurde die Forderung nach sozialer Absicherung in der Öffentlichkeit noch nicht erhoben. Und in diese Feststellung darf man beide Amtskirchen unbedingt mit einbeziehen.

Stärker kann wohl die hohe Verantwortlichkeit, mit der Sozialdemokraten an das Problem des Schwangerschaftsabbruchs herangehen, kaum verdeut-

licht werden. Die Fülle der sorgfältig entwickelten und daher auch realisierbaren Maßnahmen verdienen volle Beachtung. Nicht zuletzt durch ihre Realitätsbezogenheit haben sie sich wohltuend von jenem "Milliarden-Ding" ab, das die CDU/CSU-Präsidenten der Presse vor sage und schreibe vier Wochen angekündigt haben, wobei das genaue Programm freilich immer noch nicht veröffentlicht worden ist.

Daß die Abstimmungen über das Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung daher in den meisten Einzelvorarbeiten kontroverser verliefen, kann nur noch Eingeweihte überraschen. Zwar konnten sich die Abgeordneten der Oppositionsfraktionen einem Anspruch auf individuelle ärztliche Beratung aller Versicherten über Empfängnisregelung nicht verschließen. Einem Schwangerschaftsabbruch auf Krankenachein hingegen, der außer der ärztlichen Leistungen auch Medikamente, einen etwaigen Krankenhausaufenthalt und damit im Zusammenhang die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bzw. Krankengeldleistungen vorsieht, dem vermochte man von Seiten der Opposition nicht zu folgen. Auch die Argumente, daß fachärztliche Hilfe beim Schwangerschaftsabbruch nicht länger ein Privileg der gutsituierten Frauen sein soll und nur durch den geregelten Zugang zum Facharzt einem Kurpfueher das Handwerk gelegt werden kann, vermochte die Opposition nicht zu überzeugen.

Sozialdemokraten betrachten gerade diese Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, die im Übrigen vom Bund jährlich bezuschußt werden, als einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsversicherung. In den Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung sollen nach den Vorstellungen der Koalitionsabgeordneten die Kosten für freiwillige Sterilisation von Männern und Frauen mit aufgenommen werden. Und nur folgerichtig - sofern man dabei die Verlautbarungen von Ärzten und Krankenhausträgern berücksichtigt, - hat sich der Ausschuß mit dem ärztlichen Sicherstellungsauftrag im Zusammenhang mit dem § 218 befaßt. Wiederum unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsversicherung bestimmt wurde der sozialdemokratische Vorschlag, die ambulante Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch Krankenhäuser zu ermöglichen. Auf diese Weise soll eine hohe medizinische Komplikationsrate vermieden werden, die unvermeidbar wäre, wenn für Abbrüche ein bestimmter medizinischer Standard nicht eingehalten wird.

Daß die Diskussion um die "Pille auf Krankenachein" nach dem Ausschußvotum in der Weise geregelt werden soll, daß an den Kreis der Sozialhilfeempfänger alle ärztlich verordneten empfängnisregelnden Mittel kostenfrei abgegeben werden sollen, ist ganz gewiß mehr als eine Kompromißformel: nämlich eine gerechte Lösung.

Mit der Annahme dieser sozial ergänzenden Maßnahmen durch den Bundestag wird die strafrechtliche Regelung des § 218 nicht präjudiziert. Wohl aber werden die sozialpolitischen Weichen dafür gestellt, daß negative Erfahrungen, wie sie im Ausland bei einer ausschließlich strafrechtlich angelegten Reform zu beobachten sind, vermieden werden können.

(-/15.2.1974/ks/pr)

+ + +

Diskussionsbeitrag: Keine vorläufigen Beschlüsse!

Sachliche Anmerkungen zum Thema Geschwindigkeitsbeschränkungen

Von Peter Conradi MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagesausschusses für Verkehr

In der Diskussion über Geschwindigkeitsbeschränkungen fallen gelegentlich Äußerungen, die aufhorchen lassen. Da werden Geschwindigkeitsbeschränkungen allen Ernstes als "eklatanter Verstoß gegen verankertes Recht auf Freizügigkeit" bezeichnet. Ob die Opposition dieses Thema auch noch für eine Verfassungsfrage hält? "Freie Fahrt ist eine der meistgeschätzten Lebensqualitäten", meint ein anderer. So hatten wir diesen Begriff bisher wohl kaum verstanden. Und die Verantwortlichen sind "verkalkte Opas", "sportlich impotente Menschen" mit "viel Zeit und Chauffeur". Die Äußerungen zu diesem Thema sind geradezu eine Fundgrube für Sozialpsychologen, belegen sie doch, daß schnelles Autofahren für einige unter uns den Rang eines Grundrechts, mindestens den eines sexuellen Statusymbols hat.

Neben diesen eher erheiternden Randerscheinungen werden in der Diskussion Argumente angeführt, die einer Nachprüfung nicht standhalten: Bei Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der Autobahn bräche der Verkehr zusammen. Dies und viele andere windige Argumente haben wir 1972 bei der Einführung des Tempolimits 100 auf allen Straßen außer Autobahnen auch schon gehört. Zwar sind alle diese schlimmen Voraussagen nicht eingetroffen - auch Georg Leber wurde wieder gewählt ("... wählt Leber ab...!) - aber das hindert die schnelle Zunft offenbar nicht daran, die alten düsteren Prophezeiungen wieder aufzutischen.

Auf den Autobahnen stürben "nur" 5,5 vH. aller Verkehrstoten. So ein Mitglied des Verkehrssicherheitsrates! Dabei sind in den 100 Prozent auch alle tödlich verunglückten Fußgänger, Radler und Mopedfahrer enthalten, die ganz gewiß nicht auf Autobahnen verunglücken. Hier ist nicht Statistik Lüge, hier wird Statistik genotzüchtigt.

Geschwindigkeitsbeschränkungen wirkten sich absatzmindernd aus. Ein Blick auf die Absatzstatistik zeigt, daß der Absatzrückgang bereits Monate vor der Ölkrise und den Geschwindigkeitsbeschränkungen begann. Im übrigen sind die Absatzzahlen der deutschen Hersteller unterschiedlich. Wenn Daimler-

Benz vergleichsweise besser dasteht als BMW oder Ford, dann hat das wohl auch etwas mit Modellpolitik, langfristiger Planung, Marketing und Management zu tun.

Die Hersteller würden unsichere Autos bauen, wenn man nicht mehr schnell fahren dürfte. Als hätten die Automobilhersteller jemals aus Menschenfreundlichkeit sichere Autos gebaut. Sichere Autos wurden immer nur für die Kunden gebaut, die dafür zahlen konnten und wollten. Mehr Sicherheit für alle Autofahrer ist bisher in aller Regel nur durch staatliche Auflagen durchgesetzt worden.

Die Statistik habe keinen Aussagewert, weil der Erfahrungszeitraum zu kurz und andere unfallmindernde Faktoren nicht berücksichtigt seien. Immerhin haben wir eine Statistik der tödlichen Unfälle vom Januar bis September 1973. Im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1972 haben die tödlichen Unfälle auf Landstraßen - nach Einführung des Tempolimits 100 - abgenommen, während sie auf den Autobahnen - ohne Tempolimit - zugenommen haben, wobei sich andere Faktoren wie Wetter, Promillegrenze, Fahrleistung, Sicherheitsgurte usw. auf allen Straßen, also normalen Straßen und Autobahnen relativ gleichmäßig ausgewirkt haben dürften.

Die SPD-Bundestagsfraktion sollte sich nicht irre machen und zu voreiligen Entscheidungen drängen lassen. Der Beschluß, erst einmal die vorhandenen Daten bis Ende April anzufordern und dann zu entscheiden, was vernünftig. Lassen die Statistiken einen deutlichen Zusammenhang zwischen Geschwindigkeitsbeschränkungen und tödlichen Unfällen erkennen, wird sich kein Verantwortlicher den Konsequenzen entziehen. Unter Umständen wäre dann wie auf den Bundes- und Landstraßen auch auf den Autobahnen ein mehrjähriger Versuchszeitraum mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung angebracht, nach dem dann auf der Grundlage umfassenden und langfristigen Zahlenmaterials über eine endgültige Geschwindigkeitsbeschränkung entschieden werden könnte. Der 1972 auf den übrigen Straßen begonnene Versuch mit dem Tempolimit 100 wird nach dem 23. Mai sowieso fortgesetzt werden.

Ob das derzeitige energiebedingte Tempolimit 80/100 vorzeitig gelockert werden soll, etwa auf 100/120, ist eine Frage, die die Regierung nach Prüfung der Ölvorräte und der voraussichtlichen Ölliefermengen entscheiden muß. Fatal wäre es jedoch, voreilig alle Geschwindigkeitsbeschränkungen aufzuheben und sie dann unter Umständen nach einigen Monaten wieder einzuführen. Die Öffentlichkeit würde bei einem solchen Hin und Her zu Recht an unserem Verstand zweifeln. Schließlich: unbestreitbar macht eine kleine Zahl von schnellen Fahrern viel Lärm. Die schweigende Mehrheit aber nicht nur der Gesamtbevölkerung, sondern auch der Autofahrer hält eine vernünftige Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen für gerechtfertigt, wenn sich zeigt, daß dadurch die Zahl der tödlichen Unfälle gesenkt werden kann. Und das muß unser aller Ziel sein.

(-/ 15.2.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert